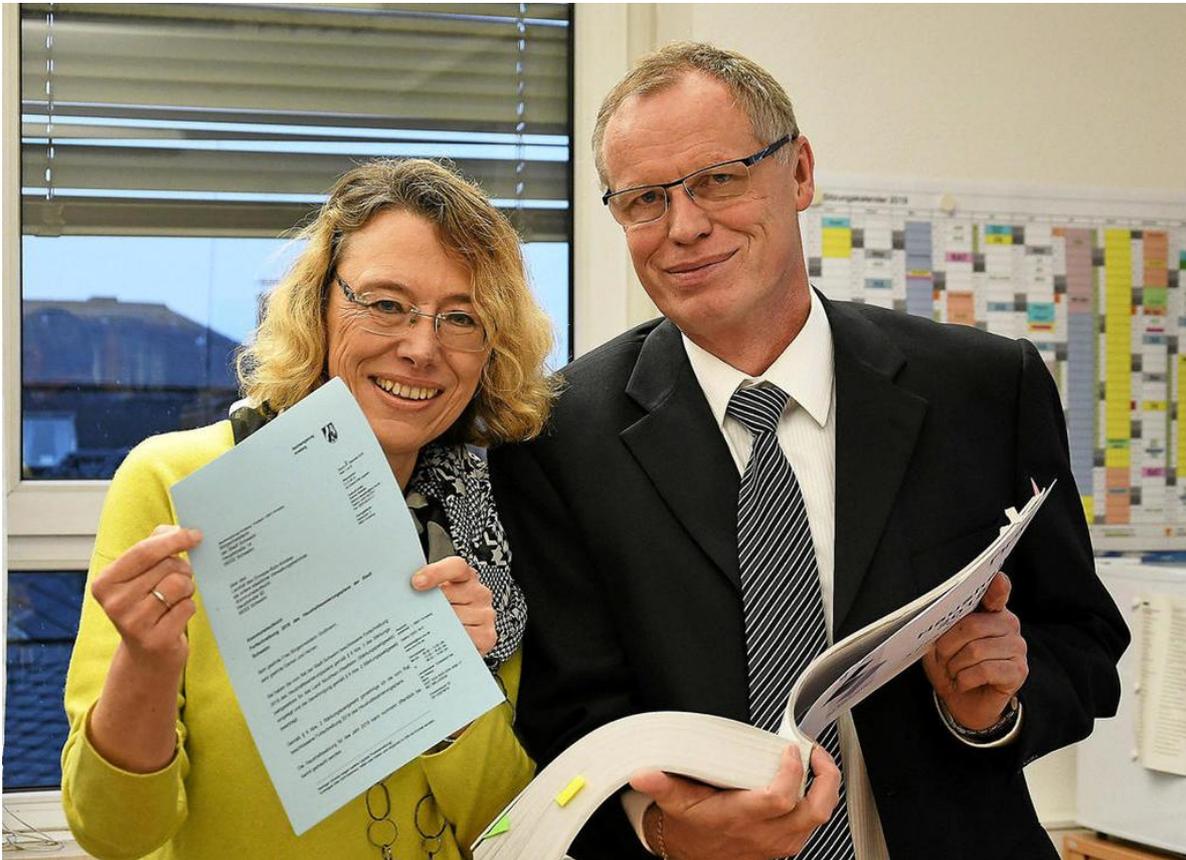


# Rat der Stadt erhöht Rahmen für Liquiditätskredite auf 75 Millionen

Kita- und OGS-Beiträge werden zeitweise ausgesetzt. Schwelm will handlungsfähig bleiben



Auf diesem Bild aus Dezember 2019 war die Finanzwelt für Kämmerin Marion Mollenkott und Beigeordneten Ralf Schweinsberg noch in Ordnung. Corona hat die Finanzplanung der Stadt durcheinandergewirbelt. **Richter**

## Bernd Richter

Sitzungen der Politik in Zeiten von Corona sind eher die Ausnahme als die Regel. Es gilt ja ein Versammlungsverbot. Deshalb hat die Stadt Schwelm auch alle Ausschusssitzungen während der vergangenen Wochen ausgesetzt.

Beim Rat der Stadt am Donnerstag war das anders. Es gab einen zwingenden Grund, der keinen Aufschub duldete. Natürlich ging es ums Geld. Es stand der erste Nachtrag zur Haushaltssatzung 2020 mit Anlagen zum Beschluss an. In diesem Zusammenhang beschloss der Rat auch gleichzeitig die Erhöhung der Grenze für die Liquiditätskredite von 64 auf 75 Millionen Euro. Damit will die Stadt ihre Handlungsfähigkeit sichern. „Wir wissen alle nicht, was noch kommen wird“, sagt Kämmerin Marion Mollenkott im Gespräch mit der Redaktion. Aktuell hat die Stadt Kredite in Höhe von von 53,3 Millionen Euro aufgenommen.

Schlechte Nachrichten für den Haushalt, gute Nachrichten für die Eltern in Anbetracht der Umstände, die die Schließung von Kitas und OGS ihnen gebracht haben. „Die Beiträge für April müssen nicht gezahlt werden, für Mai muss die Entwicklung abgewartet werden und für die Rückerstattung der Beiträge im März stehen wir in Verhandlungen mit der Aufsicht“, sagt Marion Mollenkott. Die Stadt muss die Wächterin über den städtischen Haushalt davon überzeugen, dass auch diese Zeit den Eltern nicht in Rechnung gestellt wird. Zurzeit neige man dort noch dazu, die Beiträge einzufordern, so Mollenkott.

**Sondernutzung: Gebühr ausgesetzt**

Auf ein Entgegenkommen der Stadt bei der Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen können ebenfalls Gewerbetreibende rechnen. Erst einmal für die Dauer von drei Monaten wird ihnen die Gebühr von ungefähr 18.000 Euro in Summe erlassen.